

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 5 / Dez. 2015

Liebe KollegInnen und Kollegen!

Terror und Krieg

Vorausgeschickt sei, dass wir mit größter Entschiedenheit den Terroranschlag von Paris, die Ermordung von 130 Menschen verurteilen. Wir verurteilen ebenso entschieden die Terror-Anschläge von Bagdad, Beirut, Damaskus, Madrid, Sinai, Tripolis usw. mit 100ten Toten wie den Tod von ca. 100.000 Muslimen im Mittleren Osten, die bisher Opfer des IS geworden sind (Kurier 22.11. 2015).

Nach dem Terroranschlag von Paris sagte Präsident Holland, der IS habe Frankreich den Krieg erklärt, und in Deutschland hieß es, ja das sei „eine Kriegserklärung gegen die liberalen Demokratien und ihre offenen Gesellschaften“ (B. Kohler, FAZ).

Ja, es geht um Krieg! Aber es geht hier **nicht um d e n „Krieg“ des IS**, einer Truppe von ca. 20.000 bis 30.000 Mann, die angeblich sogar die USA, die stärkste Militärmacht der Welt, in Atmen hält und den Weltfrieden bedrohe. Der IS tauchte erstmals im Juni 2014 auf, man wisse nicht woher und er sei seit damals die stärkste Macht in der Region, so dass es laut US-Militärs 30 Jahre brauchen werde, ihn zu besiegen. Was für eine Show! Es heißt, der IS führt gegen uns Krieg, deswegen müssen wir, der Westen, für den Weltfrieden in den Krieg ziehen. Das ist eine Lüge! Es geht in Wirklichkeit nicht um die Bekämpfung und Zerstörung des IS, sondern **um d e n K r i e g der USA und ihrer stärksten westlichen Konkurrenten** um noch mehr Einflussphären, geopolitische Macht, Rohstoffquellen. Die europäischen Mächte kooperieren einerseits mit den USA und stehen mit ihnen andererseits in beinhardter Konkurrenz.

Frankreich führt seit September 2014 Luftschläge im Irak und seit September 2015 auch in Syrien

durch – gegen das Assad-Regime und gegen den IS, wie es heißt. Doch Frankreich führt vor allem in Afrika schon seit 2013 Kriege gegen die „Islamisten“. Frankreich hat gegen die „Islamisten“ in Mali interveniert und führt seit damals „Krieg gegen den Terror“ in Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und dem Tschad. Frankreich geht es in dieser Region seit Jahren um mehr geopolitischen Einfluss, denn dort gibt es jede Menge Bodenschätze, z.B. Uran, Gold und auch Erdöl und Erdgas.

Die Terroranschläge in Paris lösten in Europa unter anderem Unsicherheit und Angst aber auch Empörung aus. Nun sollen wir mit der vehementen Kriegsrhetorik auf noch mehr Aufrüstung bei Polizei und Militär, auf noch mehr Überwachung, auf Abbau demokratischer Rechte, eingestimmt werden, all das diene, so heißt es, nur zu unserer Sicherheit. Frankreich hat im übrigen die schärfste Gesetzgebung zur Terror-Bekämpfung in ganz Europa und all diese Gesetze haben nichts geholfen. Wir sollen, durch all diese Kriegspropaganda, zur „Einsicht kommen“, „verstehen“, dass „Wir“, der Westen, Frankreich, die USA, die NATO, die EU, in den Krieg ziehen müssen!

Wer führt Krieg auf der ganzen Welt?

Allen voran führten und führen die USA schon in Afghanistan und Irak seit vielen Jahren Krieg, sie führen gemeinsam mit der EU, mit den Westmächten Frankreich, Großbritannien und auch Deutschland in Libyen und Syrien Krieg und finanzieren diese Kriege (siehe unsere Broschüre: „Kriegstreiber am Werk“, S 18).

Diese Kriege um Einflussphären, Rohstoffquellen zerstören ganze Regionen, ja ganze Staaten und hinterlassen hunderttausende Tote und Verletzte

und Millionen von Flüchtlingen, die vorwiegend innerhalb der Staaten und in die angrenzenden Regionen bzw. Staaten fliehen. Die Vertreibung von ganzen Völkern verursacht unsägliches Leid und Elend. Diese Kriege werden unter den Vorwand für „Demokratie“, „Menschenrechte“, die „westliche Wertegemeinschaft“, „Freiheit“ einzutreten, geführt. Als Folge gibt es ca. 40 Millionen Binnenflüchtlinge, weitere 18 Millionen Menschen flüchten in die Anrainerstaaten.

Der Islamische Staat operiert vom Irak und Syrien aus. Werfen wir einen Blick auf diese zwei Staaten bzw. auf die Kriege der USA in diesen Staaten:

2003 – Irak-Krieg

Die zwei Kriege der USA im Irak und ihre zwölf Jahre lange Embargopolitik, haben seit 2003 ca. 2 Millionen Irakern das Leben gekostet! Unter dem Vorwand gegen den Terrorismus von Saddam Hussein vorzugehen, der angeblich Massenvernichtungswaffen gegen „uns“ einsetzen wollte, haben die USA 2003 Saddam Hussein gestürzt und getötet.

Die US-Politik im Irak bedeutete jedoch: Keine Befreiung, sondern die Zerbombung und Zerstörung der Städte und des Landes, zum Teil auf lange Zeit unbewohnbar, zum Teil auch radioaktiv verseucht, weiters 2 Millionen Flüchtlinge im Land und 2 Millionen Flüchtlinge ins Ausland! Die Mehrheit der Bevölkerung hat weder elektrischen Strom noch Trinkwasser. Die medizinische Versorgung, früher die beste im Nahen Osten, funktioniert nicht mehr. Die Lage im Land wird stetig schlechter, immer instabiler.

Die USA, die schon vor dem Irak-Krieg von einer Dreiteilung des Iraks (Schiiten, Sunniten, Kurden) gesprochen haben, haben danach die Schiiten dauerhaft unterstützt. Die von den USA gezielt geplante Auflösung der irakischen Armee und die Zerstörung der Baath-Partei (Sunniten) sowie die Unterstützung des Schiiten al-Maliki (2006-2014) als Ministerpräsident, der die Desintegration der Sunniten in den politischen Prozess des Irak fortsetzte, legten den Keim für den derzeitigen Aufstand der Sunniten im Irak. Der Vormarsch der islamistischen Guerilla „Islamischer Staat“ (IS) wäre ohne die Unterstützung der im Untergrund agierenden ehemaligen Offiziere und Mannschaften der irakischen Armee Saddam Husseins nicht möglich gewesen. Zumindest seit 2007 finanzierten und bewaffneten die USA auch direkt sunnitische Gruppen, insbesondere die Al Kaida und den IS.

So wurde der Irak durch den US-Krieg nicht zuletzt auch zur Brutstätte von sogenannten Gotteskriegern gemacht. Auch das war und ist

Strategie. Wichtig war und ist den USA in ihrer Politik im Irak, jegliche Wiederbelebung eines souveränen, arabisch-nationalistisch orientierten irakischen Staates zu verhindern. Sie fördern die religiösen Gegensätze und finanzieren diese Parteien. Gibt es keinen einheitlichen irakischen Staat mehr, bleibt jede Opposition gegen die US-Herrschaft im Irak schwach!

2007 – Umsturzpläne für Syrien und Iran von langer Hand geplant

Seymour Hersh, seit Jahrzehnten einer der bekanntesten US-Aufdeckungsjournalisten, schrieb schon 2007, dass die USA, Saudi Arabien und Israel eine regionale Armee von sunnitischen Terroristen gegründet und unterstützt haben, um speziell die Regierungen des Irans und Syriens zu stürzen. Die USA und Israel unterstützten die Pläne geheim, Saudi-Arabien stand offiziell hinter den Plänen. Saudi-Arabien gab zu, dass diese Terror-Armee eine Gefahr bedeutete: Prinz Bandar, der Sicherheitsberater der saudiarabischen Herrscher und mit der Bush-Regierung aufs engste verbunden, sagte damals jedoch: *„Wir haben diese Bewegung geschaffen und wir können sie kontrollieren.“* („The Redirection: Is the Administration's new policy benefiting our enemies in the war on terrorism?“ Seymour Hersh in: The New Yorker, March 5, 2007)

Der Plan beinhaltete befreite Gebiete für sunnitischen Terroristen in den Anrainerstaaten Syriens, und zwar im Libanon, in Jordanien und im Irak. Vom Westen werden ja heute die sunnitischen Terrorakte (IS, Al Nusra) u.a. als Folge eines innersyrischen Konflikts dargestellt, laut Hersh sind sie aber das Resultat einer lange geplanten ausländischen Aggression gegen Syrien, verübt von den USA, Israel, Saudi-Arabien und ihren sunnitischen Stellvertretern. Vor kurzem sagte der Journalist Kamel Doud in der „New York Times“: *„Der IS hat eine Mutter: die Invasion des Irak“,* d.h. die US-Invasion des Iraks. *„Aber er hat auch einen Vater: Saudi-Arabien samt seines religiös-industriellen Komplexes“.* (zitiert nach Spiegel-online, 24.11.2015). Der Journalist bringt das ganz gut auf den Punkt, wobei man sagen muss, dass Saudi-Arabien der größte Verbündete der USA in der Region und der weitaus größte Waffenkäufer bei den USA, Frankreich und Deutschland ist. So haben sich etwa allein Frankreichs Rüstungsexporte, vor allem in die Golfstaaten, seit 2013 verdoppelt.

2012 – USA-Militärgeheimdienst bestätigt die US-Umsturzpläne

Die konservative US-Bürgerrechtsorganisation „Judicial Watch“ hat ein US-Gericht auf die Veröffentlichung eines Berichts über den IS vom

US-Militärgeheimdienst Defense Intelligence Agency (DIA) geklagt. Dieser Bericht wurde am 18.5.2015 veröffentlicht, wobei viele Passagen der Zensur zum Opfer fielen. Der Bericht des DIA ist dennoch aufschlussreich.

Bereits 2012 hieß es dort, dass das Pentagon den „Aufstieg des Islamischen Staats als strategische Chance sah, um das syrische Regime zu destabilisieren“ und dass die USA die sunnitischen Oppositionsgruppen als wirksamste Waffen zum Sturz des Assad-Regimes und um den Iran zu schwächen, aufgebaut haben. In dem Bericht heißt es: „Salafisten (ISIS), die Muslimbruderschaft und AQI (Al-Qaida im Irak) sind die wichtigsten Kräfte, die den Aufstand in Syrien vorantreiben.“ Die Erfolge der sunnitischen Gruppen von Al Nusra (Teil von Al Kaida) und ISI (nennt sich heute IS) in Syrien haben Auswirkungen auf den Irak! Der Kampf der Sunniten im Irak gegen die schiitische Regierungsarmee des (damals) herrschenden Ministerpräsidenten Maliki bekommt Aufwind.

„...Es wird neuen Schwung geben – in der Annahme, dass der Dschihad der Sunniten im Irak und in Syrien und aller Sunniten in der arabischen Welt vereint wird, gegen die Abtrünnigen, die als Feind angesehen werden. **ISI könnte auch einen Islamischen Staat ausrufen, wenn es sich mit anderen terroristischen Organisationen im Irak und in Syrien zusammenschließt** (Hervorhebung durch die Redaktion).

Schon 2007 haben die USA, wie erwähnt, eine sunnitische regionale Armee mit Al Nusra und IS gegründet, um die Regierungen in Syrien und Iran zu stürzen. 2012 haben sie laut DIA-Bericht die Gründung eines Islamischen Staates in Syrien und im Irak „vorausgesehen“. Die USA finanzieren und bewaffnen alle drei im Irak kämpfenden Volksgruppen, die Schiiten, die Sunnitische Opposition samt ISIS und die Kurden und hetzen die Völker gegeneinander auf, verdienen an allen und sichern sich so ihre Vorherrschaft in dieser Region!

Es ist kaum zu glauben, weil es so ungeheuerlich ist, die USA wollen diesen Konflikt nicht lösen, diesen Krieg nicht beenden, sie wollen einen Krieg auf Dauer.

(Der DIA-Bericht ist sowohl auf der Website des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer als auch auf der Website der Deutschen Wirtschaftsnachrichten am 25.5.2015 nachzulesen).

Die folgenden Grafiken von J. Tödenhöfer zeigen, was die Kriege in den Ländern Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien bisher angerichtet haben.



www.facebook.com/juergentodenhoefer/posts/10153316452935838

2013 – Geld, Waffen und Training von den USA für den IS

John S. McCain III, seit 1987 US-Senator für den Bundesstaat Arizona und republikanischer

Gegenkandidat Obamas bei der Präsidentschaftswahl 2008, traf am 27.5.2013 im syrischen Idlib den Führer von ISIS, Abu Bakr Al Baghdadi! Dieser erhielt daraufhin weitere modernste Waffen, Geld und ein Training vom CIA in Jordanien.



www.facebook.com/juergentodenhoefer/posts/10153316452935838

Syrien

Wie beschrieben, planten die USA laut Seymour Hersh seit 2007 die Regierungen des Irans und Syriens mit Hilfe sunnitischer Terroristen zu stürzen! Laut US-General Wesley Clark hat die USA den Sturz Assads ebenso wie den der iranischen Machthaber sogar schon seit 1993 geplant! (Broschüre „Kriegstreiber am Werk“, S 18).

Es gibt keinen Grund, den gewählten syrischen Präsidenten Assad zu stürzen, außer dass er den Machtinteressen der USA im Weg ist. Als Bedrohungsszenario für den Krieg gegen Assad diente dem Westen die Behauptung, Assads Armee hätte Chemiewaffen gegen die Opposition eingesetzt. Es wurde jedoch längst nachgewiesen, dass die Chemiewaffen (Sarin) in Syrien nicht aus syrischen Armeebeständen stammten, wie bei uns bis heute behauptet wird, sondern sie sind von den Westmächten bzw. deren Verbündeten Saudi-Arabien und der Türkei der syrischen Opposition zur Verfügung gestellt worden. (Jonathan Cook, Medienmanipulation: Seymour Hersh deckt weitere Syrien-Lügen auf, Kopp online 8.04.2014).

Ab 2014 führte der Westen unter Führung der USA direkt Krieg gegen Syrien. Fazit bis jetzt ca. 250.000 Tote, 800.000 Verwundete, ca. 11 Millionen Syrer sind auf der Flucht (ca. 50% der Bevölkerung). Al Kaida und IS wurden und werden vom Westen aufgerüstet, um Syriens Präsident zu stürzen. Die seit 2007 von den USA, Saudi Arabien und Israel betriebenen Umsturz-

pläne werden mindestens seit 5 Jahren auch aktiv von der Türkei unterstützt!

IS-Nachschub vom NATO-Staat Türkei

Wenn westliche Medien uns seit längerem weismachen wollen, dass der IS sich all seine Feldzüge hauptsächlich über Schwarzmarktverkäufe von Öl oder Lösegeld für Geiselnahmen finanziert, dann sollen wir wieder einmal für dumm verkauft werden. Jedoch behaupten manche Journalisten seit Jahren dass der IS über den NATO-Staat Türkei vom Westen mit Nachschub, mit allem was er für seine Feldzüge braucht, versorgt wird. 2014 hat sich das bestätigt. Am 26.11.2014 veröffentlichte die internationale Nachrichtenagentur „Deutsche Welle“ ein Video unter dem Titel: „IS supply channels through Turkey“ (Nachschublinien des IS durch die Türkei). Danach erhält der IS schon mindestens seit 2011 Waffen, Vorräte und sonstigen Nachschub im Werte von 100ten Millionen Dollar über 100te Lastwagen, die täglich die türkische Grenze nach Syrien passieren. Vom NATO-Land Türkei kommt auch Nachschub für die IS-Kämpfer:

„Die Versorgung durch die Lastwagen komme aus der Tiefe, der Mitte des türkischen Territoriums, höchstwahrscheinlich von NATO Luftwaffenstützpunkten und Häfen“!

Und Tony Cartalucci, Aufdeckungsjournalist für britische und US-Zeitschriften, schrieb in Bezug auf den IS:

„Eine Truppe, die in Irak und Syrien gleichzeitig operiert, bewaffnete Einheiten von Syrien, Libanon, Irak und Iran besiegt und größere Territorien in Syrien und Irak militärisch verteidigen kann, die Ressourcen besitzt, diese Territorien zu besetzen und sich die Bevölkerung dort zu unterwerfen, braucht Nachschub!“... „Die Nachschublinien von ISIS verlaufen genau dort, wo die syrische und irakische Luftwaffe nicht hin kann, sie gehen über das NATO-Mitglied Türkei im Norden und im Süd-Westen über die US-Verbündeten Jordanien und Saudi Arabien. (Tony Cartalucci, New Eastern Outlook / NEO, TIME Admits ISIS Bringing Arms, Fighters in From NATO Territory <http://journal-neo.org/2015/07/12/time-admits-isis-bringing-arms-fighters-in-from-nato-territory/>)

Während der längste Teil der syrischen Nordgrenze mit der Türkei durch die syrischen Kurden und die syrische Regierung abgeriegelt ist, sind die letzten 98 km der türkisch-syrischen Grenze auf syrischer Seite, das Gebiet vom Eufrat, Jarabulus, Afrin, unter Kontrolle des IS.

Die russischen Luftangriffe bzw. die Luftunterstützung der syrischen Armee und deren Einsatz haben zuletzt schon einen Teil dieses Korridors

geschlossen. Damit ist Russland den USA, den Westmächten bzw. auch der Türkei im Syrien-Krieg in die Quere gekommen. Die Annahme liegt nahe, dass der Abschuss des russischen Jets durch die türkische Luftwaffe gerade in diesem Gebiet deswegen erfolgte, weil Russland den Nachschub des IS bombardierte.

Unter dem Vorwand, dort den Öl- und Waffenschmuggel von kriminellen Banden zu unterbinden, haben die USA und die Türkei nun angekündigt, wieder mehr Anstrengungen zu unternehmen, in diesem Bereich die türkisch-syrische Grenze zu sichern, aber nicht von der Seite des NATO-Partners Türkei, sondern von der syrischen Seite her! Das verrät die Absicht! Denn das ist der Korridor, wo für die Al Nusra-Front und für den IS Waffen, Vorräte um 100te Million Dollar tagtäglich durchgeschleust werden und die Terrortruppe neue Kämpfer „erhält“.

„Ihr scheinbar unerschöpflicher Vorrat an Waffen, Geld und Kämpfern kann nur durch ein multinationales Sponsoring und sichere von der NATO gestellte Rückzugsgebiete, ... erklärt werden.“ (Nachschublinien der ISIS laufen durch NATO-Land Türkei in: <http://politik-im-spiegel.de/tag/tony-cartalucci/5.12.2014>)

Mörderisches Doppelspiel

Das muss man sich vor Augen führen! Während die USA und an ihrer Seite die anderen Westmächte uns wegen des „weltumspannenden“ IS-Terrors – angeblich zu unserer Sicherheit, zu Freiheitseinschränkungen bis hin zum Kriegführen nötigen wollen, sind sie gleichzeitig die Drahtzieher hinter dem IS. Die USA und die anderen Westmächte spielen mit den Völkern, mit den Menschen, ein dreckiges, blutiges „Spiel“. All ihre Erklärungen, den IS zu bekämpfen, sind Heuchelei. Sie haben den IS gegründet, fördern und finanzieren ihn und sorgen für seinen Nachschub. Der IS ist ihr Instrument, ihre Herrschaftspolitik durchzusetzen, u.a. Syrien mit seiner Hilfe zu zerteilen und zu zerstören. Die USA, die NATO-Staaten bräuchten nur die Nachschubwege des IS zu zerstören und der Erfolg des IS wäre vorbei. Aber das ist gar nicht geplant. Man will den IS gar nicht stoppen. Man hat noch viele Pläne mit ihm. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte vor kurzem: „das Ziel der Mission sei, den IS zu zerstören, aber das wird Zeit brauchen, viel Zeit ...“

Und der Journalist Cartalucci fasst zusammen: „Es ist keineswegs ein Bürgerkrieg in Syrien, es ist eine Invasion von einem NATO Territorium aus.“ ... „Die ISIS stellt das Söldner-Expeditions-Corps der NATO dar, das ihre Feinde stellvertretend in Libyen in Nordafrika bis zum Libanon

und Syrien, in der Levante bis nach Irak und sogar bis an die Grenzen des Iran bekämpft.“ ... „IS ist eine Stellvertreter-Armee, die nicht nur dazu bestimmt wurde, Syrien und den Irak zu zerstören. Wenn es nach den Plänen des Westens geht, soll die Terror-Organisation auch im Iran tätig werden, in der Kaukasus Region des südlichen Russlands und Zentralasiens“ (Why the West Won't Hit ISIS Where it Hurts, 24.11.2015 / Tony Cartalucci – NEO / <http://journal-neo.org/author/tony-cartalucci>).

Als Obama 2013 sagte, der Krieg gegen den IS würde lange dauern, viele Jahre, haben sich manche gewundert, wieso er das wisse. Obama weiß es, weil die USA sich in dem IS eine Stellvertreter-Söldner-Armee geschaffen haben. „Dieser Krieg wird noch länger dauern, bis die Menschen im Westen verstehen, dass ihre Regierungen keinen „Krieg gegen den Terror“ (den IS etc.) führen, sie führen einen Terrorkrieg“ (einen Krieg des Terrors gegen die Völker dieser Welt / Why the West Won't Hit ISIS Where it Hurts, 24.11.2015 / Tony Cartalucci - NEO).

Nicht nur die Machthaber von USA, Frankreich und Großbritannien, sondern nun auch in Deutschland, schicken ihre Soldaten für ihre Profitinteressen in Kriege. Deutschland entsendet 1.200 Soldaten, Tornado Flugzeuge, Tankflugzeuge und eine Fregatte in die Region. Laut André Wüstner, Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, ist das nur der Anfang. Er sagte, dass „der nun eröffnete Krieg gegen den IS und vergleichbare Gruppen mehr als zehn Jahre dauern würde und die Andeutung, dass er sich womöglich auch auf West- und Nordafrika ausdehnen müsse“ (Syrien: Weg in die Eskalation in: IMI Standpunkt 2015/043, C. Marischka / 1.12.2015). Unter dem Slogan „Kampf gegen den Terrorismus“ zieht nun auch Deutschland in den Krieg, doch es geht um geopolitischen Einfluss z.B. in Afrika!

Hauptkriegsgrund: Reich gegen Arm

Die Herrschenden bei uns, in ganz Europa, wollen uns glauben machen, dass die islamischen Terroristen oder überhaupt der Islam, dass Russland und zunehmend China die Bedrohung für die „freie Welt“ seien. All das soll nur von einem ablenken: Von der sich immer weiter verschärfenden Ungleichheit zwischen der großen Mehrheit der Menschen, die immer weniger zum Leben hat und dem ungeheuren Reichtum der 1% Superreichen. Diese 1% besitzen Milliarden und führen uns in ihrem Konkurrenzkampf um noch mehr Profit zu Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit und Krieg. Wir sollen die Krisen- und Kriegskosten

schlucken und mitmarschieren. 99% der Menschen wollen keinen Krieg. Doch die Herrschenden und ihre Handlanger wollen uns wieder in ihre Kriege hetzen. Ihre Herrschaft ist die Bedrohung für den Frieden.

Ja, es geht um Krieg. Das ist aber nicht unser Krieg, das ist der Krieg der Kapitalisten und ihrer Handlanger, das ist I H R Krieg um noch mehr Profite!

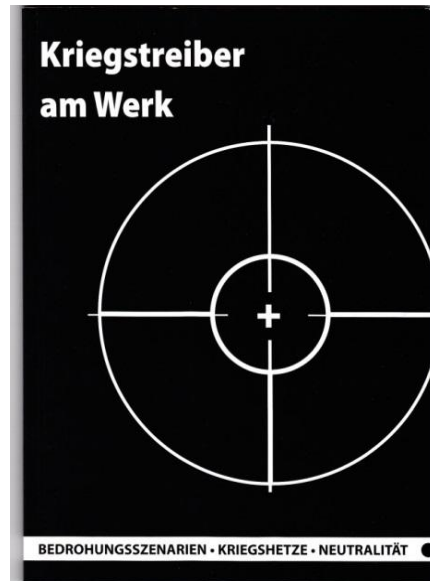
Österreich

Die Kriegshetze nimmt auch in Österreich weiter zu. Gerade nach den Terroranschlägen in Paris gewinnt man den Eindruck, dass Politiker und Medien versuchen, auch in Österreich eine Vorkriegsstimmung zu befördern. Hugo Portisch, der ehemalige ORF-Chefkommentator, schreibt, „wir müssen diesen Krieg gewinnen“! Verteidigungsminister Klug hat schon im Herbst österreichische Soldaten für eine Militärmission in Mali gefordert. In Mali hat Frankreich 2013 militärisch interveniert, die Region ist nicht sicherer geworden, im Gegenteil: da wird Krieg geführt! In Mali gibt es eine UN-Kriegs-Mission, Minusma, die bisher gefährlichste Militäraktion, zu der 9.000 Soldaten entsandt sind. 56 UN-Soldaten wurden im Zuge dieser Mission bisher getötet. Nach dem Terrorattentat von Bamako (Mali) bleibt Minister Klug dabei: dort sollen österreichische Soldaten hin. Doch österreichische Soldaten haben bei Kriegseinsätzen nichts verloren. Österreich als neutrales Land darf die Kriegshetze, die Teil der USA-EU-Kriegspolitik ist, nicht mitmachen, muss über die wahren Hintergründe und Ziele von Krisen und Kriegen aufklären, dies öffentlich verbreiten und verurteilen. Kriegspropaganda und Kriegsteilnahme ist ein klarer Verfassungsbruch, ist mit der Neutralität nicht vereinbar, die an die 90% der Österreicher gutheißen! Gerade in der heutigen Zeit, die mehr also noch vor 20, 30 Jahren von Krisen und Kriegen gekennzeichnet ist, ist die Neutralität Österreichs und echte Neutralitätspolitik zur Erhaltung von Frieden und Wohlstand notwendiger denn je!

- ⤴ **Ja zur Neutralität – Nein zu Kriegshetze und Kriegsteilnahme!**
- ⤴ **Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!**
- ⤴ **Einhaltung strikter Neutralitätspolitik zur Friedenssicherung!**
- ⤴ **Keine schleichende Einführung einer Berufsarmee!**
- ⤴ **Kein Geld für Kriegspropaganda im Namen der „EU-Solidarität“!**

Nicht Kriegshetze und Kriegsteilnahme, sondern Österreichs Neutralität fördert Frieden

und Sicherheit bei uns!



Bestellt und verbreitet die Broschüre „Kriegstreiber am Werk“, sie ist ein Medium gegen den Krieg!

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten, die in dieser Dichte kaum sonst wo zusammengestellt sind, zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die Broschüre ermutigt, zusammen-zufinden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

Bestellung unter: ggae@gmx.at

Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto. Bitte am Zehlschein „Broschüre“ angeben.

**Ab Bestellung von 10 Stück:
3,- €/Stk. exkl. Porto.**

AUFGELESEN

„Die Wähler haben die Wahl verloren.“

Populisten gewinnen Wahlen nicht wegen 'niederer Instinkte' der Wähler, sondern weil Regierungen zusehen, wie der Sozialstaat ausgehöhlt wird.“

Kommentar von Thomas Sautner, Schriftsteller und Essayist, nach den Wahlen im Herbst.
Zitiert aus: „Wiener Zeitung“, 21. 10. 2015

Klimawandel – Klimakonferenz:

Tödlicher Klimaschutz-Schmäh

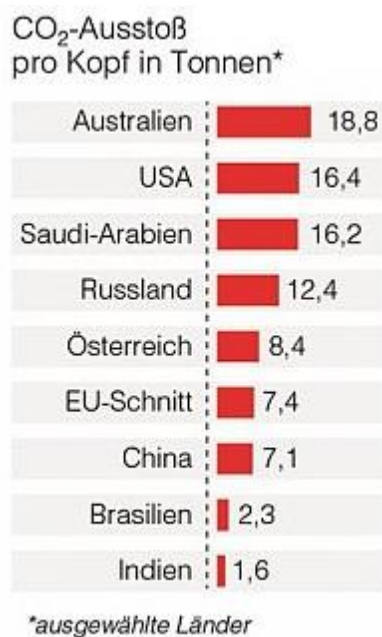
Globale Wirtschaft, Handel und Verkehr, kapitalistische Produktionsweise bis in den letzten Winkel der Erde, verursachen die nachhaltige Schädigung von Natur, Umwelt und Menschen.

Der Regenwald wird abgeholzt wie noch nie (allein im Amazonasgebiet waren es zuletzt 5.831 km², das sind um 16% mehr als im Jahr zuvor und entspricht 14-mal der Fläche Wiens / Kronen-Zeitung, 28.11.2015). Die Temperaturen steigen, die Eisberge und die Gletscher schmelzen, Orkane, Sturmfluten, Hang- und Bergrutsche verwüsten ganze Landstriche, Küstengebiete werden überschwemmt, Millionen von Menschen sind bedroht, verlieren ihren Lebensraum und ihre Lebensgrundlage. Laut Bericht der UNO-Behörde für die Reduzierung von Katastrophen (UNISDR), sind in den vergangenen 20 Jahren nur durch Wetterkatastrophen 600.000 Menschen ums Leben gekommen. Weitere vier Milliarden Menschen seien verletzt worden, hätten ihr Dach über dem Kopf verloren oder seien von Nothilfe abhängig geworden (Wiener Zeitung, 24.11.2015). Und die weltweiten Handlanger der Kapitalisten, die Politiker aller Farben und Richtungen, treffen sich wieder einmal zur Klimakonferenz. Da wird geredet und verhandelt – doch Wesentliches passiert nicht – wenn, dann in die falsche Richtung. So wurde in den letzten Jahren alle Klimaziele aufgeweicht oder nicht eingehalten. Und jetzt soll in Paris der große Durchbruch kommen?

So sagte das zivilgesellschaftliche Mitglied der brasilianischen Regierungsdelegation, Dr. Camila Moreno, bei einem Vortrag in Wien in einem Interview auf die Frage: Welche Rolle die Handelspolitik der Industrieländer bei der Erreichung der Klimaschutzziele spielt: „Ein Hauptverursacher der Emissionen ist die Globalisierung der Wirtschaft. Man muss wissen, dass die Emissionen der großen Fahrzeuge, der Schifffahrt oder des Flugverkehrs nicht eingerechnet werden, weil eine Vorgabe der Klimakonferenz ist, dass der globale Handel vom Klimaschutz ausgenommen bleiben soll. Das steigert aber massiv die Emissionen.“ Bezüglich der Finanzierung von Programmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sagt sie, dass die Entwicklungsländer von den Industrieländern für Klimaschutz bisher kein Geld gesehen hätten. Vielmehr wird in Paris versucht, den „komplexen Zustand des Ökosystems in eine einzige Formel zu pressen: CO₂.

Damit soll gehandelt und bezahlt werden. Auf's Neue wird so alles vereinheitlicht, die Vielfalt und die Gegensätze der Gesellschaften sind nicht abgebildet, bleiben unsichtbar. Das dient nur dazu, den Kapitalismus grün zu färben und bloß 'more of the same' zu bekommen.“ (zit. nach "Wirtschaft & Umwelt, Nr. 4/15)

Wie zum traurigen Beweis – und leider gibt es Unmengen davon, die aber erst gar nicht berichtet werden – verursachte ein Dammbuch in einem brasilianischen Eisenerz-Bergwerk 250 km nördlich von Rio eine 800 km lange 50 Millionen-Tonnen-Giftschlammlawine bis hin zum Atlantik. Im Unfallsort starben 13 Menschen, 10 werden vermisst. 9 Tonnen tote Fische fielen an. Boden, Flüsse und Wassersysteme sind kontaminiert. Die brasilianische Regierung verlangt 5 Milliarden Euro Schadenersatz von der Firma Samarco. Doch der Schaden kann nie mit Geld ersetzt werden!



Aus: Wiener Zeitung, 28.11.2015

System Change not Climate Change

Zehntausende Menschen haben in verschiedenen Städten und Gegenden der Welt vor Beginn der Pariser Klimakonferenz demonstriert und verlangt: System Change not Climate Change – also: Systemwechsel statt Klimawandel! Ja, ganz richtig. Der Klimawandel ist nur in den Griff zu bekommen, wenn Ausbeutung von Natur und Mensch, wenn die Profitwirtschaft bekämpft, in die Schranken gewiesen oder überwunden wird.

Machenschaften der Atombetreiber

Deutschland

Atomausstieg ist durch die Atombetreiber finanzierbar

Deutschlands Atomausstieg, der sowieso noch Jahrzehnte dauert, ist nach monatelangen, externen Überprüfungen der Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall durch die Finanzen der Konzerne finanzierbar (Kurier, 11.10.2015).

Jahrelang hatten die Atomkonzerne behauptet, kein Geld dafür zu haben und auch die deutsche Regierung deshalb mit Klagen eingedeckt. Doch die Atomprofitkonzerne werden sich nicht geschlagen geben und weiterhin versuchen, wenn schon nicht gegen die Regierung (Rücknahme des Atomausstiegs), dann mit der Regierung die Rechnung doch noch der Bevölkerung zu präsentieren. Zum Beispiel im Klimagewand, wie es die Konzerne schon seit einigen Jahren probieren.

Das Umweltinstitut München und die Anti-Atom-Initiative „Ausgestrahlt“ haben 130.000 Unterschriften gegen eine „Bad Bank“ für AKWs gesammelt. Bis Jänner 2016 sollen nämlich Vorschläge für die Sicherung und Finanzierung des AKW-Rückbaus und der Atommüllagerung an die Regierung vorgelegt werden. Die UnterzeichnerInnen fordern, dass die Rückstellungen für die Folgekosten der Atomkraft in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden, die Stromkonzerne aber weiterhin eine Nachhaftungspflicht zu erfüllen haben. Aktuell müssen die finanziellen Rücklagen der Energiekonzerne lediglich bilanziert werden. Dadurch steht das Geld zum einen nicht in vollem Umfang zur Verfügung, weil es in Sachwerten gebunden ist, und zum anderen besteht das Risiko, dass die Mittel teilweise oder – im Fall einer Unternehmenspleite – vollständig verloren gehen. Zudem können E.on, RWE, Vattenfall und EnBW die Rückstellungen unter den aktuellen Bedingungen als Druckmittel verwenden.

„Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Der Rückbau von Atomanlagen wird wesentlich teurer als ursprünglich veranschlagt“, erklärt Jochen Stay, Sprecher von „Ausgestrahlt“. **„Die Energiekonzerne dürfen nicht aus ihrer Verantwortung**

entlassen werden“, erklärt Franziska Buch vom Umweltinstitut München: *„Der Staat muss das Geld jetzt in einem öffentlich-rechtlichen Fonds sichern. Zudem muss es eine Nachschusspflicht geben, so dass die Unternehmen nach dem Verursacherprinzip für sämtliche Folgekosten aufkommen.“*

(Quelle: www.umweltinstitut.org 5.11.2015)

Frankreich

Billiger Atomstrom? Nein, billige Atomrüstung!

Jahrzehntelang hat man uns hierzulande aber auch in der EU, erzählt, dass der Atomstrom der billigste Strom sei. Doch dem ist natürlich nicht so. Das wissen nicht nur die AtomgegnerInnen, das weiß bald jedes Kind.

Denn weder die Milliarden-Förderungen an die Atombetreiber zur „Verfriedlichung“ der Atombomben in AKWs, noch die Folgekosten wurden je mit eingerechnet – weder die eines Unfalls, noch die des Abwrackens, Aufbewahrens oder der Bewachung des Atommülls.

Jetzt hat Frankreich ein „Energiewendegesetz“ beschlossen. Der Atomanteil an der Stromversorgung soll von jetzt 75% auf 50% im Jahr 2030 sinken. Die jetzt noch 58 laufenden AKWs in Frankreich dürfen also noch um 15 Jahre älter werden, damit sie ja nur ganz, ganz viel Profit und spaltbares Material für die französische Atomrüstung und Atomwaffenarmee liefern. Die Hoffnung der Atombetreiber: nur kein Atomunfall. Aber auch so bahnt sich eine Katastrophe, und zwar finanzieller Art, an.

Damit der französische Atomprofitkonzern EdF (73 Milliarden Euro Umsatz, 155.000 Beschäftigte) weiterhin „billiges“ waffenfähiges Atommaterial für die Atomrüstung und quasi als militärisches ziviles Abfallprodukt „billigen“ Atomstrom liefern kann, macht die staatliche EdF Schulden: auf 37 Milliarden Euro belaufen sich die Verbindlichkeiten, also ca. auf einen halben Jahresumsatz.

Auf jeden Fall soll die Bevölkerung zahlen, wenn wegen der „Energiewende“ bzw. des „Klimaschutzes“ der Strompreis für den „sauberen“ Atomstrom steigt, und zudem mit dem Risiko der ständigen Gesundheits- und Lebensgefährdung durch einen drohenden Super-GAU leben.

(Quelle für die Daten: Die Zeit Nr. 44/15)

Wer kann sich da noch ein Weihnachtsgans leisten?

Es ist eine alte Geschichte: Die Privaten strecken ihre Hände nach den gewinnträchtigsten Objekten und Firmen aus, filetieren sie dann und behalten die fettesten und profitablen Teile für sich. Der Rest wird weggeschmissen, mitsamt den Belegschaften, die schauen können, wo sie bleiben. Weihnachtsgans ist da oft keine mehr drin!

Aktuellstes Beispiel: Zielpunkt! Einen Monat vor Weihnachten Insolvenz; kein Geld für die Angestellten. Alles Tricks der Reichen. Die Insolvenz, einen Tag später angemeldet, hätte dazu geführt, dass die Angestellten ihr Gehalt bekommen hätten. Wenigstens tritt die Gewerkschaft als Schutzpatron auf und ermöglicht den Zielpunkt-Angestellten eine Geldbehebung von ihrem Girokonto ohne Überzugszinsen. Die Banken mussten auf Druck der Belegschaft, der Gewerkschaft und der Öffentlichkeit diese Möglichkeit schaffen.

Herr Pfeifer, der Zielpunkt in die Insolvenz schickt und die Angestellten vor Weihnachten auf die Straße stellt, behält die guten Stücke (Immobilien) und gibt die Bezahlung der Angestelltegehälter an den Insolvenzfonds bzw. an die öffentliche Hand weiter. Und kauft um 35 Millionen die lukrativsten der bisherigen Standorte. Kein Geld da für die Zielpunkt-Angestellten? Steuern bezahlen diese Herrschaften fast überhaupt keine mehr, weil sie immer etwas „abzuschreiben“ haben. GPA-Chef Katzian vermisste Gespräche zwischen Pfeifer und der Gewerkschaft, um nach Lösungen zu suchen.



Semperit, Alpine Montan, Bank Austria, Schlecker, Telekom, Post, BauMax, Zielpunkt: Immer das selbe Spiel! Solidarität wollen die Unternehmer unter den arbeitenden Menschen keine, sie bekämpfen sie. Und das Wohlergehen der Men-

schen ist ihnen wurscht. Minimale Löhne unter dem Existenzminimum sichern zwar den Profit der Reichen, stürzen aber den Normalverbraucher in lebensmindernde Beschränkungen und Verzichte. Das Leben wird zum Ringen ums Überleben!



Zum Beispiel bauen die online-Riesen ein Netz von Sklaven für die Verteilung auf. Aus Handelsangestellten werden wieder Arbeiter, mit allen Schlechterstellungen bis zur Selbstausbeutung. Von 5 Euro Brutto-Stundenlohn müssen sie selber Versicherungen und Benzin bezahlen und auch noch davon leben. 54 Euro monatlich für eine minimale Pensionsvorsorge sind da nicht drinnen (soviel zahlt man in Österreich für eine Pensions-Selbstversicherung)! Der Aufstand der amazon-Beschäftigten in Deutschland richtet sich gegen solche Sklaven-Jobs! Und die Gewinne parken diese Riesen-Handelsketten in Steueroasen.

Ein Beispiel aus einem anderen Bereich: Die ÖVP will die Mindestsicherung für Familien kürzen. Eine Familie mit drei Kindern soll nur mehr 1.500 statt 1.900 Euro bekommen! Die Reichen werden geschützt – keine Reichensteuer; Einzahlungen der Unternehmer in den Familienlastenausgleich werden vermindert! Die Armen werden geschöpft!

Die Industrie und die Wirtschaft beklagen den mangelnden Handlungsspielraum für Unternehmen in Österreich. Sie sehen eine Stagnation für Österreichs Wirtschaft. Doch regelmäßig lese ich in der Zeitung über herausragende innovative Leistungen österreichischer Firmen und Einzelpersonen, sowie Weltmeistertitel bei den Berufsweltmeisterschaften.

Industrie und Wirtschaft wollen uns nur noch mehr ausbeuten. Der Profit soll noch größer werden. Am Ende sollen die Menschen dann arbeiten, wenn die Unternehmer sie rufen und zu möglichst niedrigen Löhnen. Es gibt nichts mehr zu verteilen, sagen die Unternehmer. Doch, es gibt genug zu verteilen, die Wertschöpfung durch die

Arbeitnehmer heute ist gigantisch. Nur sollen die, die mit ihrer Leistung alles erwirtschaften vom Ertrag ihrer Leistungen fern gehalten werden. Angeblich fallen auf jeden Österreicher 65.000 Euro Vermögen! 99% fragen sich zurecht, wo dieses Vermögen ist. Es ist von den Profiteuren einkassiert.

Die Unternehmer möchten, obwohl sie sowieso alles in der Hand haben, gänzlich uneingeschränkt handeln können und fordern daher die Abschaffung jeglichen Schutzes der Arbeiterschaft. Sozialpartnerschaft, Gewerkschaften, Kammern sind ihnen im Wege und werden als veraltet bezeichnet, wenn sie nicht den Wünschen der Unternehmer entsprechend agieren, sondern die hart erkämpften Rechte der Arbeiterschaft

schützen wollen. Die Macht des Geldes und damit der Unternehmer scheint heute unendlich.

„Der Kapitalismus ist nicht am grünen Tisch zu bändigen!“ So die Einsicht des altersweisen Bruno Kreisky, nachdem er zuvor während seiner Regierungszeit mit Hilfe der Sozialpartnerschaft dem Kapital seinen Profit verschaffte und beinahe auch der Atomlobby ihre 6 AKWs in Österreich, wäre da nicht das NEIN der Bevölkerung gewesen. **Das Wort Kreiskys gilt heute mehr denn je: Der Kapitalismus muss in der Praxis bekämpft werden, in den Betrieben und Büros, in denen sich die Arbeitnehmer nicht mehr alles gefallen lassen!**

Glyphosat

Im Zweifel für die Chemie-Lobby und gegen die Bevölkerung!

So könnte man die Neu-Bewertung der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der EU-Staaten interpretieren, die sie am 12. November 2015 für den Unkrautvernichter Glyphosat veröffentlicht haben. Im Juni 2016 läuft nämlich die Zulassung für Glyphosat ab und bis dahin muss die Europäische Kommission entscheiden, ob der umstrittene Unkrautvernichter weitere zehn Jahre auf den Äckern in der EU eingesetzt werden darf. Die Basis für diese Entscheidung bildet dabei die Risikobewertung der EFSA. In dieser Bewertung kommt die EFSA zum Schluss, dass Glyphosat **„wahrscheinlich nicht krebserregend“** sei und empfiehlt sogar den den ADI-Wert (acceptable daily intake = unbedenkliche tägliche Aufnahme) von 0,3 Milligramm Glyphosat auf 0,5 mg je Kilogramm Körpergewicht zu erhöhen. Damit zeigt die EFSA wieder ihre enge Verflechtung mit der Lebensmittelindustrie und der multinationalen Agrochemie.

Zeitlich schlecht abgestimmtes Lobbying von Agrochemie und Pharmaindustrie

Mit der „wohlwollenden“ Risikobewertung der EFSA für Glyphosat widerspricht sie nämlich der Einschätzung der WHO-Krebsforschungsagentur (IARC), die in einer Risikoeinschätzung vom März 2015 mit dazugehöriger ausführlicher Begründung im Juli 2015 Glyphosat als **„wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“** einschätzt. Während die Pharmalobby sehr oft mit der Chemielobby konform ist, scheinen hier die

Interessen anscheinend unter dem Zeitdruck des USA-EU Handelsabkommens TTIP zu divergieren. Es geht aber in diesem Fall nicht allein um den Gewinn mit der Chemikalie, die wird schon seit 1950 erzeugt und wurde von Monsanto 1971 als Unkrautvernichter patentiert. Alle Patente sind praktisch abgelaufen und Glyphosat wird heute 2015 von mindestens 91 Chemieunternehmen in 20 Ländern hergestellt. In China gibt es 53, in Indien 9 und in den USA 5 Hersteller, die zusammen mit den anderen Herstellern über 720.000 Tonnen (2012) herstellen und in über 130 Ländern vertreiben. Das Hauptinteresse an der Weiterverwendung von Glyphosat liegt für die Agrochemiekonzerne im exzessiven Einsatz bei den von ihnen patentierten, gentechnisch modifizierte Pflanzen (Soja, Raps, Mais, Baumwolle), die durch Veränderung des Pflanzengenoms gegen Glyphosat vollständig widerstandsfähig sind.

Gentechnologie und Agrochemie = Monopol bei der Nahrungsmittelproduktion

Die genetisch veränderten, resistenten Pflanzen erlauben es nämlich sehr viel größere Mengen dieses Unkrautvernichters, nicht nur vor der Aussaat oder nach der Ernte, wie bei konventionellen Pflanzen, sondern zu verschiedenen Zeiten des Anbaus einzusetzen. Da das patentierte, resistente Saatgut nur bei wenigen Konzernen bezogen werden kann, oft auch keine keimfähigen und wieder saarfähigen Samen liefert und auf den durch Glyphosat vergifteten Böden jahrelang keine natürlichen, nicht genetisch ver-

änderten Samen keimen, ergeben sich für diesen Konzerne Monopole für die Nahrungsmittelproduktion. Die volle Abhängigkeit von Agrochemiekonzernen, wie den US-Unternehmen Monsanto, DuPont, FMC, der Schweizer Syngenta, der Deutschen BASF und Bayer und der Chinesisch-Israelischen Adama und den dahinterstehenden staatlichen Machtinteressen ist das Ziel. Diese Konzerne wollen sich mit einem „Ja“ durch die EU auch dagegen absichern, dass irgendein Mitgliedsland doch noch ausschert und zur Erkenntnis kommt, dass Glyphosat und/oder die Gentechniklandwirtschaft gesundheitsschädlich sind und sie verbietet. Dann würde die „Investitionssicherung“ von TTIP zum Tragen kommen und dieses Land müsste den Konzernen den möglichen, entgangenen Gewinn ersetzen – das heißt, die Gesundheit der Bürger müsste diesen Konzernen dann teuer abgekauft werden.

Profit ist wichtiger als die Gesundheit

Von der WHO wurde bei ihren Risikoabschätzungen nur das Krebsrisiko für Glyphosat beurteilt. Es wird jedoch auch schon seit Jahren ein negativer Einfluss von Glyphosat auf die Widerstandsfähigkeit von Pflanzen gegen mikrobiologische Schädlinge (vor allem Pilze) beobachtet, deren krankmachende Auswirkungen über Pilzgifte (Mykotoxine) bis zum Tierfutter oder die menschliche Nahrung bis zu Erkrankungen beim Menschen führen können. Auch auf die Mikrobiologie des Bodens hat der langjährige intensive Einsatz von Glyphosat einen schwerwiegenden Einfluss und es konnte neulich gezeigt werden, dass Antibiotikaresistenz bei für den Menschen gefährlichen Keimen (E.coli und Salmonellen) durch die Anwesenheit von Glyphosat entsteht und enorm beschleunigt werden kann. Dies muss nun zu neuen Überlegungen bei der Entstehung von antibiotikaresistenten Keimen in der der Tierhaltung führen, da schon jetzt diese resistenten Keime jährlich, weltweit zu mehreren 100.000en Todesopfern beim Menschen führen. Der massive Einsatz von Glyphosat in Baumwollplantagen schlägt sich bis zu bedenklichen Konzentrationen in Verbandstoffen und Hygieneartikeln durch (z.B. Tampons) und wenn man bedenkt, dass dadurch die Bildung von antibiotikaresistenten Keimen gefördert wird, dann können für Patienten lebensbedrohliche Komplikationen bei der Wundheilung entstehen.

Also neben der Krebsproblematik gibt es noch zahlreiche andere Gründe um den Einsatz von Glyphosat zu verbieten.

Gegen resistente Unkräuter noch mehr Gift

Da in den 15 Jahren der Anwendung auch immer mehr Unkräuter gegen Glyphosat resistent geworden sind, stellt dies weltweit ein riesiges Problem

für jene Bauern dar, die auf genmodifizierte Pflanzen gesetzt haben. Monsanto empfiehlt dann vorerst den Einsatz von noch höheren Mengen Glyphosat. In Europa, wo noch nicht so viele gentechnisch modifizierte Pflanzen im Einsatz sind, ist dies die Empfehlung - deshalb der Vorschlag zur Erhöhung der Grenzwerte von der EFSA. Für die USA, wo die Resistenzbildung bei den Unkräutern und die Vergiftung der Böden schon viel weiter fortgeschritten ist, wurde die Anwendung von zusätzlichen Herbiziden zusammen mit neu entwickelten gentechnisch veränderte Pflanzen von der amerikanischen Umweltbehörde zugelassen. Diese „neuen“ Pflanzen sind nun neben Glyphosat auch gegeben das Herbizid 2,4-D resistent und man kann sie gemeinsam in hohen Konzentrationen einsetzen. 2,4-D (Dichlorphenoxyessigsäure) ist wieder ein alter Bekannter aus der Monsanto Giftküche (seit 1944 erzeugt und als Teil von Agent Orange in Vietnam tonnenweise verschüttet). Es gelten die selben Bedenken wie gegen Glyphosat (Krebs, Bodenmikrobiologie und -vergiftung, Antibiotikaresistenz und resistente Unkräuter). Weitere Giftkandidaten sind schon in der „Pipeline“.

Die Umwelt und die Böden sollen also immer stärker vergiftet werden und nur Pflanzen von wenigen Herstellern sollen darauf wachsen können. Die Abhängigkeit von diesen Konzernen wird vollkommen und erdrückend, da es Jahre braucht, bis man auf solchen Böden wieder normale, nicht gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen kann.

Ohne Gift und ohne Lobbyisten wäre vieles menschlicher und gesünder

Der Einwand, dass es ohne Gentechnik und diese Unkrautvernichter nicht geht ist unzulässig, denn auch Biobauern erzielen mit etwas verstärkter Bodenbearbeitung gegen das Unkraut (Jäten und Pflügen) recht gute Erträge. Man könnte sich statt immer schwereren und breiteren Maschinen für die Bodenbearbeitung auch winzige solarbetriebene Miniroboter zum Entfernen von Unkraut und Schädlingen vorstellen, welche sehr viel Energie und Chemie ersparen könnten. In der Waffentechnologie werden solche Systeme schon länger erforscht.

Zum Abschluss noch vorausschauend zu den wahrscheinlichen „Aktivitäten“ unser wohlbetuchten Politiker in Brüssel. In den katholischen Kirchen war noch bis in die 1960er Jahre vor allem zur Weihnachtszeit neben der Krippe ein „Nick-Negerlein“ aufgestellt. Diese schwarze Kinderpuppe war eine Sparkasse, die beim Einwurf von Geldmünzen, zur Unterstützung der Mission von ungläubigen „Negerkindern“ mit dem Kopf nickte. Diese seltsamen Spendensammler

verschwanden nach dem 2.Vatikanischen Konzil, scheinen aber in Form unserer EU-Parlamentarier eine Wiederauferstehung erfahren zu haben. Sie sind zwar verschiedenfarbig, nicken aber auch bei Geldeinwurf (es müssen jedoch Scheine sein) zu allen Vorschlägen, welche die Missionare der Großindustrie gegen die Bevölkerung einbringen.

In unseren Breiten führen diese zerstörenden Aktivitäten der Agroindustrie wahrscheinlich zu noch höheren Agrarsubventionen, um weiterhin mit Exportüberschüssen Märkte von armen Ländern zu ruinieren. Für unsere Mitmenschen

mit dunklerer Hautfarbe aber bedeutet vergifteter Boden und kein Geld für resistentes Saatgut, Hunger und Elend. Wenn sie davor fliehen machen unsere gutbetuchten Politiker wieder ihre „Nickerchen“ um Zäune zu bauen, gegen Schlep- per zu kämpfen, Verbrecherregierungen als Kerkermeister zu dingen, Menschen im Meer ersaufen zu lassen, die Opfer einer kriminellen Wirtschaft als Wirtschaftsflüchtlinge zu diskreditieren und wenn es doch welche schaffen, als Flüchtlinge anerkannt zu werden, sie auszubeuten und ihnen unsere Werte, die des **christlichen** Abendlandes zu lehren.

Ministerium zur Errichtung von Barrieren!

Der wochenlange Kampf der Philologen in unseren, durch den deutschen Eugeniker und Kulturthilosophen Thilo Sarrazin inspirierten Ministerien über die Bezeichnung von Hindernissen für zu Fuß flüchtende Menschen, ist noch immer unentschieden.

Während sich steirische und Kärntner Haushalte mit Pfeffersprays, Schreckschusswaffen und Plastiksauschädeln zur Abwehr von Muslimen ausrüsteten, tobte bei unseren Politikern der Kampf um den Namen der Baulichkeit zur Abschreckung von Flüchtlingen. Zaun, wie unsere militante Kleinhäuslerin aus dem Weinviertel meinte, war zu einfach und auch nicht durch eine Ö-Norm definiert. Eine Menschenkette mit Soldaten, also eine lebende Hecke, wie unser Wald- und Feldmarschall andachte, ist zu personalintensiv und mit Zeitsoldaten nicht zu schaffen – dazu bedürfte es einer Generalmobil- machung.

Barrikade, Hürde,Wall, Verhau, Schragl, Schikane, Gatter (Godan) wären noch anwendbar. Man sollte diese Barriere aber auch nach der Ministerin benennen (z.B. Mikl-Leitner Godan) und mit dem Verkauf von Werbeflächen könnte man notleidenden Unternehmer der Region fördern. Aufschriften, wie „Auf nach Minimundus“, „Geiz ist Geil“, „Achtung christliches Abendland“ würden sich anbieten. Wie den drei österreichischen Nachrichten- und Abwehrdiensten (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Heeres-Abwehramt (AbwA) und Heeres-Nachrichtenamt (HnaA) vom amerikanischen NSA in kameradschaftlicher Kooperation mitgeteilt wurde, planen studentische und andere Gruppen von Gutmenschen unter dem Deckmantel des

Faschings, ver mummt mit Alois Mock Masken, mit Metallscheren Teile des Grenzzauns herauszu- schneiden. Die Zaunstücke sollen dann zugun- sten der Kriegsflüchtlinge an Interessenten ver- kauft werden.Von Seiten der Exekutive wird aber gegen die „falschen Möcke“ mit voller Härte vor- gegangen werden und die Staatsanwaltschaft in Wr.Neustadt bereitet schon Terrorismusverfahren, wie bei den Tierschützern vor.



aus: Kurier, 14.11.2015

Denn wenn der Zaun einmal steht, dann können vielleicht die kontrollierenden Bundesheerdrohnen im Herbst auch auf Weintraubendiebe achten und als Ersatz für den Klapotetz die Stare verjagen. Auch den „Identitären Zaungästen“ und anderen Border-linern und Grenzdebilen könnte man manches Bier, und manche Wurstsemmel und vielleicht auch alte Wehrmachtsauszeichnungen

verkaufen – also der Zaun schafft Arbeitsplätze und zeigt uns allen wo wir daham san ...

Neutralität – Nationalfeiertag



Drüben am Heldenplatz wirbt das Militär, das, nach dem Willen mancher Verantwortlicher, bald wieder Kanonenfutter im Zuge des internationalen Imperialismus mit neuen Waffensystemen auf alten Wegen der Geopolitik der großen Machthaber liefern soll. Unbewegt beharrend auf Krieg, Waffen, Tod, Kriegerdenkmälern.

Gegenüber, auf dem Platz der Republik, die standhaften, überzeugten Aktivisten der Schützer der Neutralität, wohl wissend, dass an die 90% der Österreicher eine Abschaffung der Neutralität ablehnen, in dem ganzen Wirrwarr und der dröhnenden Unter-

gangsmelodie dieser Welt ein Tor offen halten zu einem friedlichen Weg. Österreich im Herzen Europas, Gastgeber für internationale Konferenzen, die hier, auf neutralem Boden Wege zum Frieden suchen können. Wir versuchten Überzeugungsarbeit zu leisten, diskutierten viel, verteilten Flugblätter, verkauften unsere Broschüre: „Kriegstreiber am Werk“. Die allermeisten Vorübergänger teilten unsere Ansicht, dass Österreich neutral bleiben soll, jenseits aller Machtblöcke und Angriffskonstellationen. Jede Anbiederung unserer Verantwortlichen an diverse Systeme und Großmächte lehnen wir ab. Da werden wir nur in einen Strudel hineingezogen, der ungerecht ist und den Betroffenen unendliches Leid zufügt. **Die österreichische Neutralität ist gut für Österreich und für die Welt!**

** Das Denkmal der Republik steht zwischen Ring, Parlament und Palais Epstein. Es wurde am 12. November 1928, dem 10. Jahrestag der Ausrufung der Republik, enthüllt. Drei Büsten erinnern an 3 sozialdemokratische Politiker, die sich um die 1. Republik verdient gemacht haben: Victor Adler, Gründervater der Sozialdemokratie, Ferdinand Hanusch, Begründer des modernen Sozialstaats, und Jakob Reumann, Wiens erster roter Bürgermeister.*

Stimmungsbild vom Aktionstag zu 60 Jahre Neutralität am 26. Oktober 2015 in Wien.

Ein buntes Treiben am Ring, am Heldenplatz, Menschenschlangen bei Parlament – ein Zeichen dafür, dass die Menschen das Parlament und die damit verbundenen Mechanismen der Demokratie immer noch schätzen, zum Unterschied von manchem drinnen. Die Rampe zum Parlament war den ganzen Tag über voller Menschen. Man hatte den Eindruck, dass sie sich überhaupt nicht bewegten, als ob das ganze System erstarrt wäre – nur noch ausgesetzt den Zurufen der Volksverführer.

Massen von Menschen bewegten sich durch die Stadt angereichert mit zahlreichen ausländischen Gruppen. Der Aktionstag mit Stand und Transparenten der „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ befand sich beim Denkmal der Republik.* Wir haben dem offiziell vernachlässigten Platz Ehre erwiesen. Wir ehrten die Väter der Republik mit unseren Transparenten, da den Offiziellen der Platz an einem Tag wie diesem keinen Kranz, keine Blume wert war.

Bundesheer: Nationalfeiertag 2015

Neutralität – kein Treffer

Im Programmheft des Bundesheeres zum Nationalfeiertag und zu 60 Jahre Neutralität (www.bundesheer.at/download_archiv/pdfs/pr_ogrammheft_nft2015.pdf), sucht man und findet im 17-Seiten-Heft das Wort „neutral“ nur zweimal (Seite 4 und 7). Das Wort „Neutralität“ und was sie bedeutete und bedeutet, sucht man überhaupt vergebens. Die Suche fördert zutage: „Kein Treffer“.

Fast schon gespenstisch: während man zur Neutralität „keinen Treffer“ findet, will Verteidigungsminister Klug immer mehr Treffer in Kriegs- und Krisengebieten landen – neben dem Kosovo und Bosnien jetzt noch mehr in Mali bis hin nach Syrien will SPÖ-Klug an der Seite von Merkels Außenminister Steinmeier und an Frankreichs Seite „Treffer“ landen. Was da unter „Flüchtlingsbekämpfung vor Ort“ als mit der Neutralität vereinbarer Einsatz bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit eine Beihilfe Österreichs zu Neokolonialismus – in diesem Falle Frankreichs. In anderen Fällen – wie z.B. im Kosovo von Deutschland und den USA.

Die beste Flüchtlingshilfe ist diejenige, die keine Kriege in den Ländern anstiftet und führt, aus denen jetzt die Flüchtlinge aus Nahost und Afrika kommen. Erst die Bombardierung und Zerstörung ganzer Staaten hat die Flüchtlingsströme ausgelöst, gegen die man jetzt angeblich wieder Militär schicken „muss“. Ein Teufelskreis, der nur den Rüstungs- und anderen Konzernen zu ihrer Profitmaximierung dient. Je mehr Unheil, desto mehr Krisen- und Kriegsgewinnler, desto mehr Geschäft. Das ist abscheulich und brandgefährlich – und ohne Widerrede von „Staatsvertragsparteien“ ÖVP und SPÖ oder dem in den letzten Jahren sich als „Neutralitätsfreund“ gebenden Strache oder gar der Grünen.

Wenn's um Geschäft und Kriegsbeteiligung geht, sind sich alle Oberen einig: Mitmachen! Doch im Ernstfall sind alle diese – leider auch Damen – und Herren sicher nicht an vorderster Front. „Kämpfen und sterben“ soll dann das einfache Volk.

Wer ist Schuld an den Flüchtlingsströmen?

Dazu zwei Stellungnahmen von Rednern am Heldenplatz bei der großen Kundgebung und nach der Großdemonstration von insgesamt an die 150.000 Menschen in Wien am 3. Oktober 2015 gegen Krieg und Flüchtlingselend.

Konstantin Wecker:

„So viele Menschen, es ist so wunderbar. ... Wir alle wurden ja überrascht von dieser wunderbaren Woge der Hilfsbereitschaft, die die beste Antwort ist auf brennende Flüchtlingsunterkünfte und unbelehrbare und unbarmherzige Rassisten. Diese Welle des tätigen Mitgefühls hat eine Türe einen Spalt breit aufgemacht. Eine Türe ist geöffnet für eine Revolution zum längst fälligen Widerstand gegen eine wahnwitzige neoliberale Ideologie, die wie ein bössartiger Moloch im blinden Wachstumsfanatismus mit permanenten Kriegen gefüttert werden muss ...

... Viele Menschen haben ja zur Zeit Angst und es wird diese Angst von verantwortungslosen Politikern auch bewusst geschürt. Gerne mit

Falschinformationen und reißerischen Parolen, aber was verschwiegen wird, dass es die ausbeuterische Welthandelspolitik der westlichen Staaten und ihrer multinationalen Konzerne war und ist, die den Menschen in den Ländern des Südens die Lebensgrundlage zerstört und sie dazu zwingt vor dem Elend und der Armut in ihren Heimatländern zu fliehen. Und dass sie mit Waffenexporten, an denen trefflich verdient wird immer wieder Öl in einen Brand gegossen wird; unter dem infamen Vorwand, damit das Feuer löschen zu wollen. Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge ...“

Harald Krassnitzer:

„ ... 2012 bekommen wir (EU) einen Friedensnobelpreis. Aber jetzt frage ich euch: Was ist dieses Friedensprojekt und dieser Friedensnobelpreis wert, wenn Europa zu den größten Waffenexporteuren der Welt zählt. Was ist dieses Friedensprojekt und dieser Friedensnobelpreis wert, wenn Europa seine Konflikte und Interessen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien oder irgendwo in Afrika verteidigt und

dabei in Kauf nimmt, dass die Lebensräume der dort lebenden Menschen zerstört werden. Was ist dieses Friedensprojekt noch wert, wenn Europa innerhalb von wenigen Tagen mit einer unglaublichen Leichtigkeit eine Billion Euro aufstellen kann, um faule Kredite, um marode Banken zu retten, aber in der Aufgabe ein paar tausenden Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein und Schutz zu ermöglichen, ein nicht zu bewältigendes Problem sieht und diese Menschen dann lieber im Mittelmeer verrecken lässt.

Wenn dieses europäische Friedensprojekt noch irgend einen Wert haben sollte, dann muss das Dublin-Verfahren sofort ersatzlos abgeschafft werden. Dann brauchen wir endlich eine einheitliche, solidarische, europäische, menschenwürdige Asylpolitik und eine Zuwanderungspolitik. Dann müssen wir die Fluchtursachen endlich politisch und nicht militärisch bekämpfen. Dann muss die Entwicklungszusammenarbeit endlich zu einer gelebten Partnerschaft auf Augenhöhe

werden. ...

... Und jetzt an alle, die in der letzten Woche die Wahl verloren haben. Die Arbeitslosenzahlen, die Konjunkturdaten und eure Umfragewerte waren schon vor der Flüchtlingswelle beschissen und ich habe das schon einmal hier auf diesem Platz gesagt. Sie haben die FPÖ nicht gewählt, weil sie die besseren sind, sondern weil ihr nicht mehr gut genug seid. Weil ihr euch wie der Kaiser in der „chinesischen Mauer“ von Max Frisch, eine Mauer um euch selbst gebaut habt, um euch vor der Zukunft zu schützen ...

... Ich verbeuge mich vor all denen, die in den letzten Wochen auf den Bahnhöfen, an den Grenzstationen, bei den Erstaufnahmestellen, in den Städten, in den Gemeinden, im ganzen Land geholfen haben ... Ich zitiere hier Heribert Brandl: Es ist Zeit, die Globalisierung der Gleichgültigkeit zu beenden.“

Was fürchten, was wünschen die Menschen?

Die in Österreich und Europa aufgrund der vom Westen verursachten Krisen und Kriege in Afrika und Nahost ankommenden hunderttausenden Flüchtlinge wurden mit großer Hilfsbereitschaft empfangen, werden aber auch skeptisch gesehen.

Weil keine Politik gegen die Ursachen der Flüchtlingskatastrophe gemacht wird, ja noch Öl ins Feuer gegossen wird, fragen sich berechtigt immer mehr Menschen wo soll das denn noch hinführen. Umso mehr, als ja auch bei uns für die Normalverbraucher nicht Milch und Honig fließen. Trotzdem sind die Menschen bereit zu helfen.

Doch die hohe Politik hat über Jahrzehnte nichts dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, dass die Bildungschancen der finanziell nicht so gut gestellten Bevölkerung erhöht werden oder dass die Pensionen nicht ständig gekürzt und in Frage gestellt werden. Im Gegenteil: dafür hat sie die Bankenpleiten und damit die Gelder der Reichen über die Steuerzahler genauso abgesichert wie die Gewinne der großen Firmen, die ausverkauft (z.B. Telekom, Bank Austria) werden oder in die Insolvenz gehen, wie Baumax oder Zielpunkt, wenn es für's Geschäft am besten ist. Die Wirtschaft regiert und diktiert, der Sozialstaat wird ausgehöhlt. Das macht den Menschen Angst.

Um genau davon abzulenken werden die Flüchtlingsströme gerne als Ablenkung und die Flüchtlinge als Sündenböcke genommen, damit

man die wahren Verursacher des Leides – da wie dort – also die ganz normale Profitwirtschaft hier bei uns, die die Leute auspresst und hinaus schmeißt, wann immer es ihr passt, oder die Profiteure von Krisen und Krieg, die Staaten und Konzerne und Rüstungsfirmen, die im Wettstreit um Rohstoffe und Einflussphasen ganze Länder destabilisieren, kaputtschießen und so die Flüchtlingsströme verursachen. Wir da unten sollen auf einander losgehen, während die da oben in Wirtschaft und Politik weiter ihre schmutzigen und tödlichen Geschäfte auf unsere Kosten machen.

Weil diejenigen wie SPÖ, ÖGB, AK usw., die ausgezogen sind, um den Sozialstaat, die solidarische Gesellschaft für die Menschen zu schaffen und zu sichern, sich in den vergangenen Jahrzehnten mit den Kapitalisten (Sozialpartnerschaft) eingelassen und geeinigt haben, statt sie zurückzudrängen, können sie den Menschen nichts mehr bieten, denn die Kapitalisten sind durch die Sozialpartnerschaft so stark geworden, dass sie fast schon alles durch direkten oder indirekten Einfluss – sei es in Österreich, sei es in der EU (Lobbying) beherrschen und die Politik vor sich hertreiben.

Die Menschen wünschen sich soziale Sicherheit. Ist das nicht gewährleistet, haben sie berechtigt Sorge und Angst. Statt diesen vollauf berechtigten Wunsch zu erfüllen, indem die Menschen vor der

ausbeuterischen neoliberalen Wirtschaft durch Politik und Staat geschützt werden, werden hingegen andere Bevölkerungsgruppen als die Bedrohung der sozialen Situation hingestellt und Ängste vor diesen geschürt. Die Rechten wie FP-Strache oder auch zunehmend in der Mitte der ÖVP, wie Lopatka, Kurz, Mikl-Leitner, Pröll oder Schützenhöfer, wollen die berechtigten Ängste der Bevölkerung vor sozialem Abstieg, nicht beheben, sondern nur durch die Umlenkung auf eben andere Bevölkerungsgruppen, z.B. auf die „Ausländer“, „die Flüchtlinge“, die „Islamis“ usw., die sie durch „harte Maßnahmen“ zu bekämpfen vorgeben, beruhigen. Die wahren Ausbeuter sollen ausgeblendet bleiben. Damit sollen wir aber nur noch mehr Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Zukunfts- Lohn- oder

Pensionsraub ertragen lernen – denn das muss alles sein, weil die Fremden, die Arbeitslosen, die Mindestsicherungs-bezieher unsere Gesellschaft, unser soziales Gefüge angeblich bedrohen.

Die wahre Bedrohung sind aber genau diese „starken Männer und Frauen“, die stark nach unten, aber schwach nach oben sind, sprich in Wirklichkeit noch mehr und direkter die Wünsche der Industrie, Börsianer, Spekulanten, Banken, usw. nach Lohn- und Gehaltskürzung, nach Arbeit auf Abruf zu jeder Zeit usw. umsetzen wollen.

Belgien – Tschechien - EU Atommafia am Werk

Atomstrom sei sicher und CO₂-frei. Auch das hören wir wieder im Zusammenhang mit der Klimakonferenz in Paris. So begründet ja z.B. Großbritannien – mit kräftiger Unterstützung der EU – den Neubau des AKW Hinkley Point C. In Belgien wiederum soll jetzt die Laufzeit alter AKWs, deren Reaktor-Druckbehälter Risse haben, um 10 Jahre verlängert werden. Wegen des Klimawandels? Nein, wegen der Profitverlängerung, denn diese AKWs haben die Betreiber längst abgeschrie-ben, jetzt bringen sie – *Komm mit, sicher ist sicher.*



auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung – nur noch mehr cash.

Auch in Tschechien, wo im Juni der „Nationale Aktionsplan für die Atomenergie-Industrie-Entwicklung“ gebilligt wurde, wird trotz gravierender Sicherheitsmängel an den AKW-Anlagen von Temelin und Dukovany festgehalten. Selbst die tschechische Atomaufsichtsbehörde SUJB musste verärgert zugeben, dass es schlampige Schweißnähte, gefälschte und falsch ausgestellte Sicherheitszertifikate gibt. Sicherheitsmängel sind, so scheint es „ärgerlich“, Profiteinschränkung aber undenkbar.

Ebenso baut die EU vor – nicht zum Schutz vor Atomgefahren, sondern zum Schutz der Profite vor Atomunfällen. Wie? Das EU-Parlament hat im Juli die seit Tschernobyl und dann auch nach Fukushima weit erhöhten Grenzwerte für radioaktiv verstrahlte Lebensmittel – nicht zurückgenommen, sondern ganz im Gegenteil auf diesen erhöhten Werten belassen. Was bedeutet, dass es schon viel zu viele verstrahlte Lebensmittel gibt. Strahlende Profite!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Wir wünsche erholsame Feiertage und alles Gute für 2016

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"



Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Gewerkschafter gegen Atomenergie, Einzahlungen mit Erlagschein bzw. Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Stiftgasse 8, 1070 Wien. Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. P.b.b. Verlagspostamt 1070 Wien, Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. Oder: Erscheinungsort Wien. DVR: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom **IBAN: AT22 6000 0000 7305 5305** 0649228; „Sponsoringpost“ GZ02Z030950 S – ZVR 100322133

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck + Redaktion:

